

Biel / Bienne, 18. Juni 2013

### Zulassungsstopp

## Qualität im Fokus und Perspektive für junge Ärztinnen und Ärzte gewahrt

Die fmCh ist erfreut, dass der Ständerat gestern auf die nationalrätliche Fassung des Zulassungsstopps eingeschwenkt ist. Zwar lehnt die fmCh wie die FMH einen erneuten Zulassungsstopp nach wie vor ab angesichts des Ärztemangels in manchen Fachgebieten und Regionen. Hingegen stellt die von beiden Räten vorgeschlagene 3-Jahres-Regelung einen gangbaren Kompromiss und ein wirksames Element der Qualitätssicherung dar. Ärztinnen und Ärzte, welche drei Jahre an einer anerkannten Schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet haben, sind mit dem hiesigen Gesundheits- und Sozialsystem vertraut und verstehen eine Landessprache. Zudem ermöglicht die 3-Jahres-Regelung jungen, gut ausgebildeten Ärztinnen und Ärzten eine sinnvolle Berufsperspektive und -planung. Wir hoffen, dass dieser Kompromissvorschlag auch in der Schlussabstimmung am kommenden Freitag Bestand haben wird.

Nichtsdestotrotz: Die Politik hatte lange genug Zeit, ein Konzept für eine marktwirtschaftliche Steuerung des Angebots zu entwickeln. Stattdessen dreht sie sich seit Jahren im Kreis und propagiert alternativlos die Scheinlösungen „Zulassungsstopp“ oder „Aufhebung des Kontrahierungszwangs“.

Die fmCh fordert, dass endlich die grundsätzliche Frage geklärt werde, wer denn nun in diesem Land als Leistungseinkäufer gelten soll und welche Qualifikationen dieser haben muss. Die Kantone sind aufgrund ihrer Mehrfachrolle im Gesundheitswesen nicht in der Lage, diese Rolle unparteiisch wahrzunehmen, während die Krankenkassen ihrerseits es bis zum heutigen Tag versäumt haben, ihre Kompetenz als Leistungseinkäufer überzeugend darzulegen.

### Auskünfte:

Prof. Urban Laffer, Präsident fmCh, Spitalzentrum Biel (079 401 26 19)

Dr. Markus Trutmann, Generalsekretär fmCh (078 836 09 10)

Lic. iur. Angeles Navarro, fmCh (032 329 50 00)

Biel / Bienne, 18. Juni 2013

Die fmCh vertritt die politischen Interessen von 16 chirurgisch und interventionell tätigen Fachgesellschaften mit insgesamt 6'000 Ärztinnen und Ärzten.

Die fmCh unterstützt und koordiniert alle politischen Aktivitäten der chirurgisch und invasiv tätigen Ärztinnen und Ärzte, welche darauf abzielen, die zunehmend einschränkenden und überregulierten Rahmenbedingungen zugunsten einer marktorientierten, freiheitlichen Berufsausübung zu gestalten.

•